



# informiert

▶▶ LEBEN IST MENSCHENRECHT



© Aktionsbündnis gegen AIDS

## Aids „Ankreiden“

### Aktionstag und Wettbewerbswoche zum Welt-Aids-Tag 2010

**A**ids „Ankreiden“ ist eine Aktion für Jugendliche, Jugendgruppen und Schulklassen. Sie machen am Welt-Aids-Tag 2010 ihre Verbundenheit mit den von HIV-Betroffenen öffentlich sichtbar.

Überall in Deutschland greifen Jugendliche zu Straßenkreiden und hinterlassen Spuren im Stadtbild. „Keep the Promises – Stop Aids!“ könnte da stehen. Oder „in9monaten.de“. Schnell hingeschlungene Aids-schleifen und viele einzelne Sprüche könnten die Fußgängerzone zieren oder ein großes Kreidebild den Schulhof. Den Ideen sind keine Grenzen gesetzt.

Alle Kreidespuren werden fotografiert und auf einer Internetplattform zu einer Solidaritätscollage zusammengefügt.

#### Wer sammelt die meisten Unterschriften?

Die Aktion „Ankreiden“ am 1.12.2010 ist der Mittelpunkt einer Wettbewerbswoche um den Welt-Aids-Tag:

Vom 27. November bis 5. Dezember 2010 ruft das Aktionsbündnis gegen AIDS eine Wettbewerbswoche aus: Die Schulklassen oder Jugendgruppe, die PfadfinderInnen oder KonfirmandInnen,

die die meisten Unterschriften einschicken, gewinnen einen Tag in Berlin und ein Gespräch mit PolitikerInnen der Entwicklungszusammenarbeit.

Mit dem Sammeln von Unterschriften, die im Dezember 2011 der Bundesregierung überreicht werden, lassen die Jugendlichen ihrem Straßen(-kreiden)-Protest „Ankreiden“ Taten folgen. Sie machen sich für die Forderung stark „Babys ohne HIV – Bis 2015 Mutter-zu-Kind-Übertragung stoppen!“

Die Mutter-zu-Kind-Übertragung ist ein wesentlicher Grund für Neuinfektionen mit HIV. Jedes Jahr infizieren sich allein auf diesem Weg 400.000 Babys. Durch eine Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten und eine Nachversorgung könnte die Übertragung des HI-Virus von der Mutter (bzw. den Eltern) auf das Kind verhindert werden. Bislang erhält nur ein Bruchteil der Betroffenen den Zugang zu Prävention, Behandlung, Betreuung und Unterstützung. Diesen Universellen Zugang bis Ende 2010 zu ermöglichen, hatte die Staatengemeinschaft versprochen. Halten wird sie dieses Versprechen nicht.

### „Babys ohne HIV – Bis 2015 Mutter-zu-Kind-Übertragung stoppen!“

Mit diesem Appell wendet sich das Aktionsbündnis an die Bundesregierung und fordert sie auf, ihre Partnerländer bei der Umsetzung der neuen WHO-Richtlinien zu unterstützen und die Gesundheitssysteme weltweit zu stärken. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, sammeln engagierte Gruppen und Mitglieder des Aktionsbündnisses seit Mai 2010 Unterschriften – mit Unterschriftenlisten, auf [in9monaten.de](http://in9monaten.de) oder via sms an 0176 32385312.

Zeichen der Unterstützung sind rote Armbändchen – getragen und fotografiert verleihen sie dem Anliegen „Babys ohne HIV“ visuelle Stärke. Neben zahlreichen Solidaritätsaktionen im öffentlichen Raum, vor allem rund um die Nacht der Solidarität im Juni 2010, findet die Kampagne im Virtuellen statt: Auf [in9monaten.de](http://in9monaten.de) und auf verschiedenen Social-Media-Plattformen wird eine Geschichte erzählt und im Dialog mit den Social-Media-NutzerInnen entwickelt.

Es ist die Geschichte eines virtuellen Babys im Bauch seiner Mutter. Seine Eltern sind HIV-positiv. Die Ängste und Sorgen der Eltern und ihre Hoffnung, dass das Baby nicht mit dem Virus infiziert wird, transportiert die Geschichte.

Die fiktive Geschichte dieses Babys steht exemplarisch für die vieler Babys, die nicht mit dem HI-Virus infiziert werden müssten, wenn Sie ausreichend Unterstützung bekämen. Sie können diese Unterstützung einfordern!



Unterschriftenlisten, Flyer, T-Shirts, Plakate und Luftballons können Sie im Tübinger Bündnisbüro bestellen. Weitere Informationen finden Sie unter [www.aids-kampagne.de](http://www.aids-kampagne.de).

Sarah May ist Junior-Referentin beim Aktionsbündnis gegen AIDS.



## Blick nach Russland und in die Ukraine Keine Babys mit HIV?

© Renovabis/ Ebel

**P**olitischer Wille ohne Achtung der Menschenrechte begrenzt die Präventionserfolge in den Ländern Europas, die am stärksten von der HIV-Epidemie betroffen sind: Die Schattenseite der Prävention der Mutter-zu-Kind-Übertragung zeigt sich in Russland und in der Ukraine.

„Doneck, Ostukraine. In die Beratungsstelle für Schwangere mit HIV kommt Anfang 2010 eine seit langem drogenabhängige junge Frau. Sie wurde ins neue Substitutionsprogramm aufgenommen, nimmt nun den Ersatzstoff Methadon und hat sich seitdem bereits etwas soziale Stabilität erarbeitet. So sieht sie trotz Sucht und HIV-Infektion eine persönliche Perspektive für sich und ihr Kind, freut sich auf das Kind und ist gewillt, alles dafür zu tun, dass ihr Kind ohne den Virus zur Welt kommt. Bei ihrem nächsten Besuch ist alle Freude aus ihrem Gesicht verschwunden: Ihr Narkologe (Suchtfacharzt) hat sich geweigert, ihr das Mittel Methadon zu verschreiben, solange sie schwanger ist: Sie solle das Kind abtreiben, das sowieso nicht gesund zur Welt kommen würde, erst danach würde sie wieder ins Behandlungsprogramm aufgenommen. Da die Klientin noch immer abhängig und auf das Methadon angewiesen ist, sieht sie keinen Ausweg. Das Kind wird abgetrieben.“  
(Bericht der Gynäkologin Elena K.)

In Russland und der Ukraine wuchs die Zahl der Menschen mit HIV besonders durch Drogengebrauch seit 1995 bis heute von wenigen Tausend auf über 1,4 Millionen. Mit wachsendem Anteil HIV-positiver Frauen wurde die Prävention

der Mutter-Kind-Übertragung zur staatlichen Priorität – durchaus mit Erfolg: In der Ukraine erhielten 2009 schon 94,9% der Schwangeren ARV-Medikamente. Es gelang, die Infektionsrate von 27,8% in 2001 ebenso wie in Russland auf ca. 6,2% zu senken. Allerdings hat sich die mit HIV und Sucht verbundene Stigmatisierung teils „addiert“ zu einer extrem negativen Einstellung zu Menschen mit HIV – selbst beim medizinischen Personal. Das Ziel: „Keine Babys mit HIV“ führt dann plötzlich zu Zwangs-HIV-Tests, zur Forderung der Abtreibung oder einer Sterilisation nach der Geburt.

### Prävention oder Menschenrechte?

NGOs in der russischen Föderation berichten, dass Krankheiten, Behinderungen und ein früher Tod drohend prognostiziert werden – bis die Frauen dem Abbruch zustimmen. Eine sibirische Kleinstadt-HIV-Ärztin begründet den Zwangstest für alle Schwangeren, ohne deren offiziell vorgeschriebene Einwilligung: „Wer als Erwachsener zu uns kommt, der weiß, warum. Die Kinder aber sind unschuldig und die will ich retten – um jeden Preis.“ Statt ebenfalls vorgeschriebener Vor- und Nach-Test-Beratung „überzeugt“ sie junge Mütter unmittelbar nach der Geburt, sich sterilisieren zu lassen. So wird das Recht „unschuldiger Kinder“ auf Gesundheit ausgespielt gegen die staatsbürgerlichen Rechte der Eltern.

Wer in Russland oder der Ukraine mit HIV und Sucht lebt, bewegt sich oft am Rande der Legalität, kommt ins Gefängnis, lebt im Chaos. Unter solchen Bedingungen gehen Ausweisdokumente verloren, werden Arztbesuche und Vorsorgeuntersuchungen aufgeschoben,

Polizei und staatliche Einrichtungen gemieden. Antiretrovirale Medikamente bekommt nur, wer sich im Aids-Zentrum registrieren lässt, was manche Patienten aus Angst vor Behörden und Repression fürchten. Gerade suchtkranke Frauen erhalten zwar antiretrovirale Medikament während der Geburt, danach steht es aber schlecht um die medizinische und soziale Betreuung von Mutter, Kind und Familie. Wenn Frauen auf der Straße oder im Gefängnis leben, als Prostituierte oder Drogenabhängige bekannt sind, wird ihnen nahe gelegt, ihre Kinder ins Heim zu geben. Medikamentöse Prävention ist wichtig, wie alle anderen brauchen aber auch russische oder ukrainische Babys mehr als das, nämlich menschenrechtsbasierte Unterstützung und Hilfe – auch für ihre Mütter und Familien!

Monika Rosenbaum, Missionsärztliches Institut, Würzburg, ist Beraterin zu „HIV und AIDS in Osteuropa“ für Renovabis und Caritas International, und engagiert sich im Fachkreis Osteuropa des Aktionsbündnis gegen AIDS.

►► Wer Interesse hat, im Fachkreis Osteuropa mit zu arbeiten, melde sich bitte im Bündnisbüro.



© Renovabis/ Ebel

Svetlana Boderackaya hat vier Kinder, lebt seit 10 Jahren mit dem Virus, unterstützt für die Caritas-Spes in Kiev junge Familien durch Hausbesuche und Beratung.

Bild oben:

Unterstützung beim Leben mit HIV durch Eltern-Kind-Treffs, Hilfe bei Behördengängen und medizinischen Fragen: ein Schwerpunkt der Caritas Ukraine in Lviv, Westukraine.

# Beunruhigende Zeichen beim Weltarmutsgipfel

Vom 20. bis 22.9.2010 fand in New York das UNO-Gipfeltreffen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) statt. Es galt zu überprüfen, welche Fortschritte die internationale Gemeinschaft erzielte, um die von den Vereinten Nationen zur Jahrtausendwende angenommene Millenniumserklärung und die daraus abgeleiteten MDGs zu verwirklichen. Darauf aufbauend sollten geeignete Handlungsansätze formuliert werden, mit denen die Vorgaben in der verbleibenden Zeit bis 2015 umgesetzt werden können. Das so genannte ‚Ergebnisdokument‘, das die Einsichten und Strategien festhält, wurde schon zuvor ausgehandelt und während des Treffens von der UN-Generalsammlung verabschiedet.

Während die gemeinsame Erklärung durchaus positive Elemente hinsichtlich der Schaffung einer gerechteren, demokratischeren und menschenwürdigeren Weltgesellschaft enthält, sucht man in der Plenarrede der Bundeskanzlerin lange danach. Sie blendet die negativen Folgen des herrschenden globalen Wirtschaftssystems wie wachsende Ungleichheit und Umweltzerstörung vollständig aus. Die eigenen Fehlleistungen, um die geforderte Entwicklungspartnerschaft aufzubauen, versteckt sie hinter einer Scheindebatte über die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe.

## Deutschlands Verpflichtungen

Insbesondere verschweigt sie, dass Deutschland seiner Verpflichtung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe nicht nachkommt. Sie wälzt die Verantwortung, die vereinbarten Ziele zu erreichen, einseitig auf die Regierungen der Entwicklungsländer ab. Anstatt sich stärker an den gemeinsamen Anstrengungen zu beteiligen, will Frau Merkel die Welt schon jetzt darauf vorbereiten, dass „wir nicht alle Ziele bis 2015 erreichen werden“. All das lässt befürchten, dass sich die konzeptionellen Vorstellungen der Hauptverantwortlichen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit immer weiter von einer verantwortlichen und solidarischen Position entfernen.

Aber auch das Ergebnisdokument weist erhebliche Schwächen auf und das gerade in den Abschnitten, die für

die wirksame Antwort auf die HIV-Epidemie von Bedeutung sind. Versäumt wird, auf die von den Vereinten Nationen beschlossenen Leitdokumente wie die Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids Bezug zu nehmen. Wesentliche Richtlinien und Zielsetzungen, die darin festgehalten sind und seinerzeit das Ergebnis schwieriger Verhandlungen waren, werden in der aktuellen Erklärung nur in verwässerter Form oder gar nicht erwähnt.

Das gilt auch für zentrale Aspekte wie das Angehen der gesellschaftlichen Ursachen der HIV-Ausbreitung, die Überwindung von Stigmatisierung und Diskriminierung sowie die Mitwirkung der mit dem Virus lebenden Menschen und gefährdeten Bevölkerungsgruppen an Ausarbeitung und Durchführung der Strategien. Wie und wann der bereits für

delsübereinkünfte auf den Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln, lässt das Ergebnisdokument die Klarheit früherer Erklärungen vermissen. Aus der Tatsache, dass es der internationalen Zivilgesellschaft nicht gelungen ist, diese inhaltlichen Defizite zu überwinden, müssen die richtigen Lehren gezogen werden.

## Zivilgesellschaft muss wachsam sein

Die Vereinten Nationen wollen 2011 eine umfassende Bestandsaufnahme der spezifischen Verpflichtungen zur Eindämmung der HIV-Epidemie und der Solidarität mit den Betroffenen realisieren. Eine Nachfolgeerklärung ist geplant, die den weiteren Weg beschreibt, um die Ziele der HIV-Bekämpfung zu erreichen und die MDGs zu verwirklichen. Wie die jüngste Erfahrung zeigt, müssen sich zivilgesellschaftliche Organisationen und Selbsthilfeinitiativen mit aller Kraft in diesem Prozess engagieren. Sonst wird kaum zu vermeiden sein, dass die neue Erklärung hinter die schwer erkämpften Positionen in früheren Dokumenten zurückfällt. Ohne



© Nicci Stein

2010 vorgesehene allgemeine Zugang zu umfassender Prävention, Behandlung, Betreuung und Unterstützung endlich erreicht wird, bleibt ebenfalls im Dunkeln.

Wo wirtschaftliche Interessen tangiert werden, wie bei der Verwirklichung des UN-Richtwerts für den Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe von 0,7% des Bruttonationaleinkommens und die notwendige Evaluierung der Auswirkungen der internationalen Han-

eine angemessene Aktionsplattform auf internationaler Ebene würden es die im nationalen und lokalen Rahmen agierenden Bewegungen aber sehr viel schwerer haben, von den Regierungsverantwortlichen ein konsequentes Engagement für eine rationale und humane Antwort auf die HIV-Krise einzufordern.

Joachim Ruppel ist Fachreferent für HIV/ Aids im Missonsärztlichen Institut, Würzburg und Sprecher der katholischen Säule des Aktionsbündnis gegen AIDS.

# Globalen Fonds aufstocken statt kürzen

Protestwoche vor dem Bundeskanzleramt in Berlin



„Bevor der Globale Fonds in Malawi aktiv war, starben jede Stunde bis zu zehn Menschen an Aids. Heute stirbt einer, etwa. In Malawi ist der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFTAM) eine Frage von Leben und Tod“, so Joyce Kamwana, Botschafterin der here I am-Kampagne und seit mehr als 20 Jahren HIV-positiv.

Joyce Kamwana kam im Rahmen der Protestwoche nach Berlin, um ihre Geschichte zu erzählen und die Notwendigkeit der Arbeit des GFTAM zu unterstreichen. Die nächste Finanzierungsperiode des GFTAM stand mit der Wiederauffüllungskonferenz am 5. und 6.10.2010 in New York kurz bevor,



als das Aktionsbündnis zusammen mit VENRO – angesichts einer angedrohten Mittelkürzung – eine Protestwoche organisierte. Vom 9. bis 15.10.2010 machten die zivilgesellschaftlichen Organisationen mit einer Mahnwache und zahlreichen Protestaktionen auf die fatalen Folgen der Unterfinanzierung des Globalen Fonds aufmerksam.

Am 28.10.2010 fanden im Rahmen eines Global Day of Action verschiedene Aktionen statt – in New York und Kapstadt, in Berlin und Bremerhaven, wo über 100 Schülerinnen und Schüler zusammen kamen, um – tanzend! – für mehr Aufmerksamkeit und die weltweite Bekämpfung von HIV/ Aids zu protestieren.



Bei der Wiederauffüllungskonferenz des GFTAM lenkte Deutschland ein und stellte seine 600 Millionen Euro unter Vorbehalt in Aussicht. Diese von der Bundesregierung erst nach Protesten der Zivilgesellschaft gemachte Zusage ist gut, aber nicht gut genug! Millionen von Menschen, die auf den Zugang zu lebensrettenden Aids-Medikamenten warten, können mit dem Ausgang der Geberkonferenz nicht zufrieden sein, denn mit den weltweit zugesagten 11,7 Milliarden US\$ kann keine signifikante Ausweitung der weltweiten Therapieprogramme erreicht werden.

Laetitia Houlmann ist Praktikantin beim Aktionsbündnis gegen AIDS.

## Die Vollversammlung 2010 möge beschließen....

Am 29. und 30.10.2010 trafen sich in Bonn die Mitglieder des Aktionsbündnisses zur jährlichen Vollversammlung. Mit einem Referat zur Prävention der Mutter-zu-Kind-Übertragung rückte Dieter Wenderlein gleich zu Beginn das zentrale Thema für 2010 und 2011 in den Mittelpunkt. Dabei unterstützte ihn Sarah May mit einem Update über die Kampagne in9monaten.de und erklärte die verschiedenen Elemente der Kampagne. Mit 30 TeilnehmerInnen war es diesmal die geringste Beteiligung bei einer Vollversammlung seit Gründung des Aktionsbündnisses. Inhaltlich wurde jedoch intensiv in Arbeitsgruppen zu den Themen TRIPS, Globaler Fonds und Millenniumsentwicklungsziele (MDG), HIV und Mobilität und die Reduzierung der Eltern-zu-Kind-Übertragung gearbeitet. Folgendes wurde im Hinblick auf die zukünftige Arbeit beschlossen:

- Eine aktive und kritische Begleitung des Globalen Fonds.
- Die TRIPS-Thematik soll ein Schwerpunkt der Arbeit für 2011 sein (DOHA+10).
- HIV und Mobilität soll entweder durch Erweiterung der Thematik/ Internatio-

nalisation des Fachkreises Osteuropa oder durch einen eignen Arbeitskreis bearbeitet werden.

- Mitmachaktion zur Reduzierung der Eltern-zu-Kind-Übertragung wird bis zum Welt-Aids-Tag 2011 verlängert.



- Eine AG Zukunft wird einberufen, die sich mit Rechtsform, Lokalisation und Trägerschaft für die Zeit ab 1.1.2013 beschäftigen und der VV 2011 einen Abstimmungsvorschlag unterbreiten soll. Das Difäm wird nach Ende 2012 die Rechtsträgerschaft abgeben.
- Ein Antrag der zivilgesellschaftlichen Säule zur Zusammenarbeit im Bündnis wurde ebenfalls beschlossen. Es ging um die Möglichkeit der Darstellung von Mitgliedsorganisationen. Die Umsetzung dieses Beschlusses wird im nächsten Bündnisrat konkretisiert.

Seit April 2010 wurde in Berlin ein Büroraum angemietet. Das Büro ist mit einer fest angestellten Person, Dr. Sandy Harnisch, besetzt. Ziel ist es, die politische Lobbyarbeit und Vernetzung zu stärken. Es wurde einstimmig beschlossen, dass das Bündnisbüro in Berlin gestärkt und der Umfang der Stelle aufgestockt werden soll. Dabei sind die beiden Bündnisbüros komplementär und ergänzend zu betrachten.

Neben Astrid Berner-Rodoreda, die als Vertreterin der evangelischen Säule erneut als Sprecherin gewählt worden ist, wurde auch Manfred Weber, Sprecher der Basis Säule, in seinem Amt bestätigt. Neu gewählt worden sind Sylvia Urban, die zukünftig die Zivilgesellschaftliche Säule im SprecherInnenkreis vertreten wird und Joachim Rüppel, der neue katholische Sprecher. Verabschiedet wurden Karl-Heinz Hein-Rothenbücher und Dr. Christiane Fischer, die als SprecherIn das Aktionsbündnis in den letzten Jahren aktiv und engagiert mitgestaltet haben.

Beate Ramme-Fülle ist Koordinatorin des Aktionsbündnis gegen AIDS.

# Medikamente und Patente

**W**ährend HIV/Aids-Therapien vor 2001 einer privilegierten Gruppe vorbehalten waren, erhalten heute 5,25 Millionen Menschen mit HIV/Aids diese lebensrettenden Medikamente. Ein wesentlicher Grund für diese Verbesserung sind stark gesunkene Medikamentenpreise.

Beispielsweise beträgt der Preis für die günstigste Stavudine-basierte Einstiegs-therapie heute weniger als 1% des Preises vor 2001. Eine Schlüsselrolle dabei spielt der Wettbewerb mit günstigeren Nachahmerprodukten (Generika). Patente können diesen Wettbewerb jedoch behindern, indem sie Erfinder mit dem Recht belohnen, Wettbewerb für mindestens 20 Jahre auszuschließen.

## TRIPS-Abkommen

Mit Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) 1995 einigten sich deren Mitgliedstaaten im Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS-Abkommen) auf einen Mindestschutzstandard für Patente und andere geistige Eigentumsrechte. Das TRIPS-Abkommen verpflichtet alle WTO-Mitgliedstaaten, Patentschutz für pharmazeutische Produkte zu gewähren. Entwicklungsländer, in denen Medikamente nicht patentierbar waren, mussten ihre Patentgesetze bis spätestens 2005 anpassen. Den am wenigsten entwickelten Ländern wurde eine verlängerbare Übergangsfrist bis 2016 zugestanden.

Allerdings sieht das TRIPS-Abkommen auch Möglichkeiten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit vor. Diese werden häufig als TRIPS-Flexibilitäten bezeichnet. Dazu zählen beispielsweise Zwangslizenzen, Parallelimporte, Ausnahmen vom Patentschutz zur Marktzulassung für Generika oder die Möglichkeit, hohe Anforderungen an die Patentierbarkeit von Medikamenten zu stellen. Diese und andere Flexibilitäten sind jedoch nutzlos, wenn sie nicht in nationale Gesetze umgesetzt und in der Praxis angewendet werden.

Dass dies nicht immer einfach ist, zeigt sich beispielsweise an aktuellen Verhandlungen internationaler Übereinkommen, wie dem Freihandelsabkommen zwi-



Proteste gegen das geplante EU-Indien-Freihandelsabkommen, 4.10.2010, Brüssel | © Lisa Schouppe

schen der Europäischen Union (EU) und Indien oder dem Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA). Beide Entwürfe enthalten Regelungen, die über die Verpflichtungen aus dem TRIPS-Abkommen hinausgehen, weshalb sie häufig auch als „TRIPS-plus“ bezeichnet werden.

## Behinderung indischer Generikaherstellung hätte fatale Folgen

So soll Indien durch das geplante EU-Indien Freihandelsabkommen verpflichtet werden, klinische Testdaten von Originalherstellern in einer Art und Weise zu schützen, die die Marktzulassung von Generika erheblich behindern könnte.

Indien produziert derzeit etwa 85 % der in Sub-Sahara Afrika verwendeten Aids-Medikamente. Jede Behinderung indischer Generikaherstellung hätte daher fatale Folgen für Menschen mit HIV/Aids weltweit. Auch Anand Grover, UN-Sonderberichterstatter über das Recht auf Gesundheit, sieht diese

Entwicklungen sehr kritisch: „In der Doha-Erklärung zu TRIPS und öffentlicher Gesundheit hat die internationale Gemeinschaft das Recht jeden Landes bestätigt, TRIPS-Flexibilitäten zu nutzen und die Gesundheit und das Leben seiner Bevölkerung zu schützen. Das war ein schwer erkämpfter Sieg, der jetzt durch neuere internationale Übereinkommen bedroht ist.“

## Medikamentenpreise entscheiden

Noch immer sind 64 % der behandlungsbedürftigen Menschen mit HIV/Aids von einer Behandlung ausgeschlossen. Auch vor dem Hintergrund, dass wichtige Institutionen wie der Globale Fonds vor Finanzierungsproblemen stehen, werden Medikamentenpreise weiterhin darüber entscheiden, ob das Ziel des Universellen Zugangs in naher Zukunft erreicht wird. Das Aktionsbündnis gegen AIDS setzt sich daher dafür ein, dass die Versorgung mit Generika nicht durch Patente behindert wird.

Dr. Sandy Harnisch ist Referentin Lobby- und Advocacyarbeit beim Aktionsbündnis gegen AIDS



## Termine

### 27. November bis 5. Dezember 2010: Wettbewerbswoche zum Welt-Aids-Tag 2010

Schulklassen, Jugend- oder Kirchengruppen sammeln Unterschriften für die Mitmachaktion [in9monaten.de](http://in9monaten.de) und können einen Tag in Berlin und ein Gespräch mit PolitikerInnen der Entwicklungszusammenarbeit gewinnen. Auch Sie können mitmachen. Melden Sie sich einfach im Bündnisbüro.

### 27. November 2010: Auftakt der Wettbewerbswoche in Hamburg

Anlässlich des Internationalen dance4life-Events kommen ca. 1.400 Jugendliche in die Magnus Hall in Hamburg, um zeitgleich mit Jugendlichen in 25 anderen Ländern zu tanzen – für mehr Aufmerksamkeit und politisches Handeln in der Bekämpfung von HIV. Die Events aller 25 beteiligten Länder werden in einer Video-Live-Schaltung verbunden. Diese Übertragung können Sie am 27. November auch auf unserer Homepage verfolgen – [www.aids-kampagne.de](http://www.aids-kampagne.de)



### 1. Dezember 2010: Aktion „Ankreiden“ zum Welt-Aids-Tag

Das Ziel ist es, auf das Thema HIV/Aids im Allgemeinen und die Kampagne zum Stopp der Mutter-zu-Kind-Übertragung im Besonderen aufmerksam zu machen – mit Kreidezeichnungen im Außenraum und der Unterschriftenaktion für [in9monaten.de](http://in9monaten.de).



### 4. Juni 2011: Nacht der Solidarität

Mit einer großen gemeinsamen Aktion vieler Organisationen in Dresden im Rahmen des Evangelischen Kirchentages und vielen weiteren Aktionen deutschlandweit – den gesamten Juni über.

### 1. bis 5. Juni 2011: Evangelischer Kirchentag in Dresden.

Kooperation mit dem missio-Aids-Truck im Zentrum Jugend.

### Bündnisbüro:

Beate Ramme-Fülle: Koordination  
Christina Korth: Assistenz  
Sarah May: Junior Referentin, Koordination Nacht der Solidarität  
Dr. Sandy Harnisch: Referentin Lobby und Advocacyarbeit  
Laetitia Houlmann: Praktikantin

### Impressum:

Hrsg.: Aktionsbündnis gegen AIDS  
V.i.S.d.P.: SprecherInnenkreis  
Redaktion: Beate Ramme-Fülle, Sarah May  
Layout: Annette Hedrich, grafik.werk.tisch  
Druck: [printmedien-jacobsen@t-online.de](mailto:printmedien-jacobsen@t-online.de)

### Kontakt:

Aktionsbündnis gegen AIDS  
Rechtsträger Difäm  
Paul-Lechler-Str.24  
72076 Tübingen  
Tel.: +49 7071 206504  
Fax: +49 7071 206 510

Büro Berlin  
Chausseestraße 128/129  
10115 Berlin  
Tel.: + 49 30 27 58 24 03

[info@aid-kampagne.de](mailto:info@aid-kampagne.de)  
[www.aid-kampagne.de](http://www.aid-kampagne.de)

Nachdruck gegen Beleg und Quellenangabe frei.

